

»Wir brauchen einen sicheren Infektionsschutz in Schulen und Kitas.« Anja Apel



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

April/Mai 2021



Hoffnung für das Sachsenbad

Hat dem historischen Gebäude das letzte Stündlein geschlagen? Mitnichten! Bei einigen Fraktionen ist sogar ein Umdenken zu bemerken. Die Fraktion informiert über den aktuellen Stand zum Sachsenbad. » Seite 3

Den Riesen entfesseln

Die öffentliche Hand erscheint in der Pandemie dysfunktional, unorganisiert und schwachbrüstig. Höchste Zeit für LINKE, die Bürokratie in den Blick zu nehmen

Wie ein »gefesselter Riese« bewege sich die BRD durch die Pandemie, hat der Journalist Uwe Jahn kommentiert und damit der tiefen Verwunderung Ausdruck verliehen, die viele von uns bewegt. Wie kann es sein, dass in diesem reichen Land gefühlt alle Strukturen auf dem Zahnfleisch laufen: Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Kindergärten. Wie kann es sein, dass mal Impfstoff fehlt, dann gibt es ihn, er kann aber nicht verimpft werden? Vielen scheinen die bürokratischen Abläufe der entscheidende Hemmschuh. Linke Bürokratie-Kritik setzt da an, wo sich der Amtsschimmel ge-

gen die Schwachen wendet. Etwa wenn sich ALG-II-Beziehende von Amts wegen nackig machen müssen, wenn Eltern bei der Beantragung von Elterngeld vor monströsen Formularen kapitulieren, aber auch jetzt, wenn Novemberhilfen erst im März kommen. Bürokratie ist dagegen immer dann notwendig, wenn es gilt, die wirtschaftlich Starken an Regeln zu binden. Unsere Kritik sollte nicht mit dem Ruf nach einem Staat verwechselt werden, den die FDP als schlank und wir als schwach bezeichnen würden. FDP und Co nehmen einen dysfunktionalen Staat in Kauf, wir aber wol-

len einen, der in der Lage ist, zu handeln – und zwar schnell, kraftvoll, den Bedürfnissen seiner Bewohnerinnen und Bewohner angemessen und: verständlich. In Dresden geht das so: Die öffentliche Hand saniert das Sachsenbad als eigenes Bad, springt beim Corona-Schutz an Schulen und Kitas dort ein, wo ihn das Land sträflich vernachlässigt, bekämpft Obdachlosigkeit, nicht Obdachlose, und versteht die Digitalisierung der Verwaltung als Chance, mehr für die Menschen herauszuholen, die in unserer Stadt leben. Wie all das gelingen kann, vertritt diese Ausgabe. *Thomas Feske*

KAUFPARK NICKERN

Skepsis im Rat

Der Kaufpark in Nickern scheint nach 25 Jahren regem Betrieb in die Schieflage geraten zu sein. Als Ursachen wurden der Bau von weiteren großen Einkaufszentren wie dem Elbe-Park, ein verändertes Kaufverhalten der Bevölkerung – Stichwort Online-shopping – und eine soziale Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Prohlis und Nickern angegeben. Darüber hinaus seien bau- und haustechnische Mängel am Gebäude zu verzeichnen. Bevor eine Entscheidung, auch um eine mögliche Veränderung des Angebots im Kaufpark hin zu zentrenrelevantem Sortiment, getroffen wurde, wurde das Areal rund um den Kaufpark von der Krieger-Gruppe (Elbe-Park) übernommen. Diese plant, 300 Millionen Euro in den Kauf, Abriss und Neubau des Centers am Stadtrand zu investieren. Während sich die rechtskonservative Seite für den Kauf und Umbau ausspricht, ist die progressive Seite im Rat skeptisch. Eine vorschnelle Entscheidung ohne Prüfung ist gefährlich. Stadtrat Tilo Wirtz berichtet über die Debatte. » Seite 5

DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNG

Traurige Bilanz

Die öffentliche Verwaltung ist ein von Bürger:innen finanzierter Service. Es ist damit naheliegend, dass öffentliche Gelder sparsam eingesetzt und digitale Verwaltungsprozesse zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben flexibel, unabhängig und sicher gestaltet sein müssen. Die Realität sieht aber ganz anders aus.

Der IT-Planungsrat – das Steuerungsgremium von Bund und Ländern – spricht in seinem Positionspapier vom Mai 2020 zur digitalen Souveränität von »aktuell identifizierten Schmerzpunkten« wie eingeschränkte Informationssicherheit, rechtliche Unsicherheit, unkontrollierbare Kosten, eingeschränkte Flexibilität und fremdgesteuerte Innovation. Im Juli 2020 stellt der Europäische Gerichtshof quasi amtlich fest, dass der US-Cloud-Act – ein seit 2018 bestehendes US-amerikanisches Gesetz zum Zugriff der US-Behörden auf gespeicherte Daten im Internet – mit dem europäischen Datenschutzrecht nicht vereinbar ist. Das alles hält aber beispielsweise die Bundesverwaltung nicht davon ab, weiterhin munter bei Microsoft einzukaufen. Eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab, dass die Bundesministerien im Haushaltsjahr 2020 rund 178,5 Millionen Euro allein für Softwarelizenzen, Cloud- und Serverdienste des Konzerns Microsoft ausgaben. Die Ausgaben haben sich, im Vergleich zum Jahr 2015 mit 43,5 Millionen Euro, vervierfacht – Tendenz steigend. Von Bund über Länder bis hin zu den Kommunen – da



ist auch Dresden keine Ausnahme – befinden sich öffentliche Verwaltungen in privaten »Software-Abfallen« und machen sich weiter handlungsunfähig und von IT-Konzernen abhängig.

Man stelle sich vor, man würde beim Hausbau einen Dienstleister für das Dach beauftragen und vertraglich an diesen binden. Nur dieser ist dazu berechtigt es zu bauen. Geht dieser in die Insolvenz, müssten wir das Dach abreißen und erneut bauen lassen. Unvorstellbar? Aber genau das passiert bei proprietärer Software. Dabei ist Software ebenso eine (quasi handwerkliche) Dienstleistung, die gegen Bezahlung erbracht wird. Die Alternative für mehr Unabhängigkeit ist lizenzierte freie Software bzw. Open Source.

Katharina Hanser

■ Mehr dazu in der nächsten Ausgabe

Große Unsicherheit

Stadträtin *Anja Apel* ist hauptberuflich Lehrerin an einer Freien Schule in Dresden. Sie berichtet vom gegenwärtigen Schulalltag unter Pandemiebedingungen



Der Staat muss sich endlich für einen sicheren Schutz in Schulen, Kitas und Horten einsetzen

Sollen die Schulen schließen oder offenbleiben? Wer soll wie oft getestet werden? Wechselmodell oder Onlineunterricht? Auch ich habe leider keine wirklichen Antworten auf diese Fragen. Beurteile ich die Situation als Lehrerin, dann bin ich froh, direkt im Kontakt mit den Jugendlichen arbeiten zu können. Es wird deutlich, dass Kinder und Jugendliche, welchen in bestimmten Fächern das Lernen schwerfällt, im letzten Schuljahr vieles nicht verstanden und gefestigt haben. Den Unterricht empfinde ich als sehr anstrengend. Da ich mich eigentlich immer im Raum bewege, muss ich fast die ganze Zeit eine Maske tragen. Mir geht es dabei auch um meine eigene Sicherheit vor einer Erkrankung. Es gibt Familien, welche aus Furcht vor der Ansteckung ihr Kind nicht in die Schule schicken oder Eltern, welche das Tragen der Maske ihren Kindern nicht

zumuten wollen. Diese Schüler:innen haben das Recht, trotzdem am Unterricht teilzunehmen. Entweder sie werden beim Unterricht digital zugeschaltet – das heißt, ich muss alle Materialien vor der Stunde hochladen – oder erhalten Online-Extrastunden.

Diese Zeit ist eine große Anstrengung für alle, physisch und psychisch.

Den Selbsttest müssen wir Lehrer:innen begleiten. Es gibt dazu viele Diskussionen in den Schulen. Wird mit dem öffentlichen Testen der Kinder vor den Augen der anderen ein Persönlichkeitsrecht verletzt? Gehört der Vorgang des Testens mitsamt der Bekanntgabe des Testergebnisses – egal ob negativ oder positiv – in die schützenswerte Privatsphäre der zu testenden Menschen? Ich erlebte, wie beunruhigt Jugendliche in der Klasse sind, wenn jemand aus ihrer

Gruppe nach dem Test nach Hause geschickt wird. Kurzum: Diese Zeit ist an den Schulen eine große Anstrengung für alle, physisch und psychisch.

Sicher ist, dass die Landesregierung nur schwerlich in der Lage ist, einen sicheren Schutz in Schulen und Horten zu gewährleisten. Deshalb haben wir auch gemeinsam mit den Grünen und der SPD einen Eilantrag eingereicht, um eine dritte Welle in Schulen präventiv zu bekämpfen und die bisherigen Schutzmaßnahmen für das Personal sowie für die Kinder und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Dieser ist im März mehrheitlich beschlossen worden. Konkret forderten wir die Bereitstellung von Tests für Mitarbeitende zwei Mal pro Woche, das unkomplizierte Beschaffen von Selbsttest für Schüler:innen und die Installation von Luftschutzfiltern.

BARRIEREFREIHEIT

Endlich: Entscheidung zum Altmarkt

Nach zweijähriger Debatte beschloss der Stadtrat im März die barrierefreie Umgestaltung des Altmarkts. Stadtrat Tilo Wirtz zeigt sich erfreut: »Die Hartnäckigkeit gegenüber dem Oberbürgermeister zahlt sich aus! Denn inzwischen haben der neue Baubürgermeister Stephan Kühn und die neue Chefin des Straßen- und Tiefbauamtes Simone Prüfer eine Lösung für das barrierefreie Pflaster gefunden, wobei die Mehrkosten dafür inzwischen auch finanziert sind. Großes Lob! Einer hoffentlich schnellen und reibungslosen Umsetzung sollte nichts mehr im Wege stehen.« Brisant: Der Beirat für Menschen mit Behinderungen hat den Oberbürgermeister sieben Mal zu seiner Sitzung eingeladen, um mit ihm über dieses Thema zu sprechen. Erschienen ist er jedoch kein einziges Mal. *Die Redaktion*



Gefährliches Pflaster: Dresdner Altmarkt



Endlich hat sich was getan beim Sachsenbad. DIE LINKE kämpft seit Jahren für die Wiederbelebung als Gesundheitsbad

Bewegung beim Sachsenbad

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat kämpft seit Jahren an der Seite der Dresdnerinnen und Dresdner für den Erhalt und die Wiederbelebung des Sachsenbads. Jetzt, kurz vor einem möglichen Verkauf, kommt Bewegung in das Thema

Lange sah es so aus, »als hätte dem Sachsenbad das letzte Stündlein geschlagen«, wie LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach im Stadtrat erinnerte. Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und der bisherige Baubürgermeister Raul Schmidt-Lamontain (Grüne) bereiteten seit dem vergangenen Jahr den Verkauf des Gebäudes und dessen Umbau zu Büroflächen vor. DIE LINKE setzt sich hingegen seit Jahren für die Wiederbelebung des Bades ein. Auf Antrag der LINKEN befasste sich der Stadtrat in seiner Sitzung im März in einer Aktuellen Stunde mit dem Sachsenbad.

DIE LINKE gab in der Debatte zur Aktuellen Stunde ihr Rederecht an Heidi Geiler, Vorkämpferin der Bürgerinitiative »Endlich Wasser ins Sachsenbad«, ab. Heidi Geiler warb eindringlich für eine Sanierung des Bades: »Mit der Schließung 1994 war nicht das Ende der Nutzung als Schwimmbad besiegelt worden, sondern es sollte modernisiert werden. Es war ein Versprechen, auf dessen Einlösung wir nun seit fast 27 Jahren warten.« Vorsichtige und zaghafte Unterstützung bekam DIE LINKE von der SPD-Fraktion und Grünen-Stadträtin Kati Bischoffberger. Nachdem DIE LINKE über einen langen Zeitraum beinahe als einzige Fraktion in Dresden für den Erhalt des Sachsenbads kämpfte, setzt bei mancher anderer Fraktion ein Umdenken ein. So sei besonders der Bürgerwille und das große Engagement der Pieschenerinnen und Pieschner zu würdigen und in der

Entscheidung zu berücksichtigen. Stillstand sei keine Option, so Stadtrat Stefan Engel (SPD).

CDU-Stadtrat Veit Böhm hingegen sprach sich für den Verkauf des Sachsenbades an einen Investor aus, der das Gebäude zu Büroflächen umbauen will. Christoph Blödner (FDP) warf der LINKEN vor, verzögern und den Investor vergraulen zu wollen. Eine wirtschaftliche Sanierung und Betrieb als Bad seien finanziell nicht machbar. Torsten Nitzsche (Freie Wähler) forderte ebenfalls den Verkauf des Gebäudes.

Bürgerforum zum Sachsenbad beschlossen

In der selben Ratssitzung wurde auch über einen Antrag der LINKEN abgestimmt, ein Bürgerforum zur Zukunft des Sachsenbads durchzuführen. Das Bürgerforum hat den Zweck, nach »dem gleichberechtigten Meinungsaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürger, Stadträtinnen und Stadträten und dem Oberbürgermeister« eine Empfehlung zu einem Vorhaben abzugeben. Die Bürgerinitiative »Endlich Wasser ins Sachsenbad« des Vereins »Pro Pieschen e.V.« hatte knapp 3000 Unterschriften dafür gesammelt. Der Stadtrat folgte nach monatelangem Ringen nun diesem Ansinnen und beschloss auf Antrag der LINKEN die Durchführung des Bürgerforums. LINKE-Stadträtin Pia Barokow sagte dazu, dass über die Vorlage

logischerweise erst abgestimmt werden könne, wenn das Forum stattgefunden habe. Die Verwaltung hat dazu eine Veranstaltung am 19. April in der Messe Dresden durchgeführt.

Stesad prüft Varianten für Sanierung

Im Rahmen der Debatte um die Zukunft des Sachsenbads hat auch die stadteigene Stesad in den vergangenen Monaten mehrere Varianten für eine Sanierung des Gebäudes geprüft. Eine Anfrage des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach an Oberbürgermeister Hilbert (FDP) hat jetzt ergeben, dass die Ergebnisse der Prüfung der Stesad auf dem Bürgerforum vorgestellt werden. »Geprüft werden die Szenarien Eigenrealisierung des privaten Nutzungskonzepts, Gesundheitsbad, Gesundheitsbad/Schwimmbad sowie Eigenständiges Schwimmbad im Um-

feld«, wird dazu in der Antwort auf die Anfrage informiert. Die Stesad ist als städtisches Tochterunternehmen seit vielen Jahren in den Bereichen Stadtentwicklung, Projektentwicklung und Immobilienmanagement tätig. »Wir haben in den vergangenen Monaten mit mehreren Anträgen Druck gemacht, um Bewegung in die festgefahrene Debatte zum Sachsenbad zu bringen und den Verkauf doch noch abzuwenden«, äußert der Fraktionsvorsitzende André Schollbach dazu.

Meinungsumschwung zum Sachsenbad?

Damit ist nun Bewegung in die Diskussion gekommen. Folgt ein Meinungsumschwung im Stadtrat? Weg vom Verkauf hin zur Revitalisierung des Sachsenbads? Immerhin hat Oberbürgermeister Hilbert seine Verkaufsvorlage bislang nicht zur Abstimmung gestellt. In mehreren Fraktionen wird inzwischen erneut beraten. Nun werden die Ergebnisse der Stesad-Prüfungen mit Spannung erwartet. Sie könnten die Weichen in eine neue Richtung stellen.

Für DIE LINKE ist klar: kommunales Eigentum darf nicht verscherbelt werden, dem Gebäude würde mit einem Verkauf die Seele entrissen werden, der Wille der Bürgerinnen und Bürger muss umgesetzt werden. Kurzum: es gehört endlich wieder Wasser ins Sachsenbad.

Thomas Feske

**Für uns ist klar:
Kommunales
Eigentum
darf nicht
verscherbelt
werden.**

UMWELT

Was ist los in Cossebaude?



Wird seitens der Stadt keine Lösung gefunden, droht dem Stauseebad Cossebaude das Aus

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass das Stauseebad in Cossebaude in Gefahr ist. Das Problem: Das Unternehmen Vattenfall, Betreiber des Pumpspeicherwerks Niederwartha, beabsichtigt dessen Stilllegung, da das Pumpspeicherwerk seine Nutzungsdauer inzwischen weit überschritten hat. Mit der Stilllegung des Pumpspeicherwerks drohen für das Stauseebad gravierende Konsequenzen, wie eine deutliche Absenkung des Stauziels im unteren Stausee und die damit faktisch notwendige Einstellung des Badebetriebs im unteren Staubecken.

Die Verwaltung trat im letzten Jahr mit Vattenfall in Verhandlungen und überlegte, wie eine zukünftige Nutzung erfolgen kann. Dabei sei es Priorität, den aktuellen Wasserstand im unteren Staubecken langfristig zu erhalten und damit die Zukunft des Stauseebades Cossebaude zu sichern. In einer Anfrage von André Schollbach Anfang März teilte die Stadtverwaltung mit, sie habe als Grundlage der weiteren

Gespräche eine gemeinsame Eckpunktevereinbarung zwischen beiden Parteien erarbeitet und Ende des vergangenen Jahres unterzeichnet. Schwerpunkte der Vereinbarung seien dabei die gemeinsame Erarbeitung eines Übertragungskonzeptes der Gesamtanlage des Pumpspeicherwerkes Niederwartha sowie die damit verbundene Einhaltung der technischen, rechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Stilllegungsprozess.

Mit der Unterzeichnung bekräftigte die Landeshauptstadt Dresden ihr Ziel, den unteren Stausee mit dem jetzigen Wasserstand dauerhaft als Teil des Stauseebades Cossebaude zum Badebetrieb zu nutzen.

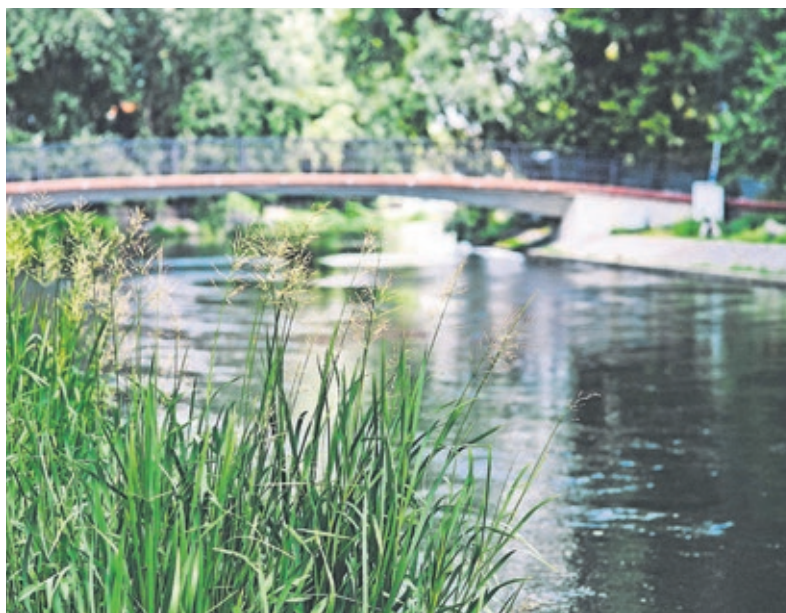
Um eine Haltung des Wasserstandes im unteren Stausee bereits für die Saison 2021 zu erreichen, solle eine Zwischenvereinbarung zwischen der Vattenfall Wasserkraft GmbH und der Dresdner Bäder GmbH geschlossen werden, die aber noch nicht endverhandelt sei. Es bleibt also spannend. *Die Redaktion*

Hör mal, wer da quakt!

Linke, Grüne und SPD reichen gemeinsamen Antrag zur Kontrolle und Verbesserung der Qualität von Teichen und Fließgewässern in Dresden ein

Dresden ist reich an kleineren Gewässern. Flüsse, Bäche und Gräben zählen zu den Fließgewässern, von denen es in Dresden über 550 gibt. Seen, Teiche und Tümpel bezeichnet man als stehende Gewässer. Künstliche Gewässer sind von Menschen geschaffene, oberirdische Gewässer. Zusammen bilden sie die Oberflächengewässer im Stadtgebiet. Kleine Bäche und Teiche sind der Lebensraum für viele Vögel, Amphibien, Fische, Insekten, und Mollusken. Arten, deren Leben zum Teil bedroht ist. Denn diese Gewässer werden zunehmend und vielfältig in Anspruch genommen – nicht nur zur Ableitung von Niederschlagswasser. Trockene Sommer, fehlender Schnee, Wind, Sturm und Starkregen, aber auch Anwohner:innen, die ihre Gärten oder Garten- und Landwirtschaftsbetriebe, die Pflanzungen und Felder bewässern, beschleunigen die Austrocknung. Deshalb stellt – was manche vielleicht nicht wissen – das Bundesnaturschutzgesetz (§ 30) alle natürlichen und naturnahen Bereiche stehender Gewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden naturnahen Vegetation unter Schutz.

Für 31 von 51 Gewässersystemen in Dresden liegen umfangreiche Gewässerbeschreibungen in Form von *Steckbriefen* vor. Diese beschreiben in übersichtlicher Form Lage und Verlauf, Einzugsgebiet, Nutzungen, gewässer-technische Merkmale, Belastungen, Ero-



Umwelteinflüsse aber auch Gartenbetreiber:innen und landwirtschaftliche Betriebe haben eine massive Auswirkung auf die Gewässer. Es ist Zeit, genauer hinzuschauen

sions- und Hochwassergefährdungen dieser Gewässersysteme. Eine gewässertechnische Bewertung ist Voraussetzung für einen nachhaltigen Schutz, für die Erhaltung möglichst vieler dieser Gewässer. Die Gewässersteckbriefe sind im Themenstadtplan mit einem Klick auf das jeweilige Gewässer abrufbar. So können sich alle, die das möchten, selbst einen Überblick verschaffen. Ein tolles Projekt ist das »Blaue Band Geberbach«.

Der ökologische Zustand der Gewässer- und Naturräume wird sich erheblich verbessern.

Im Fördergebiet Dresden-Südost haben die ersten Arbeiten dazu begonnen. In den nächsten Jahren soll entlang des Geberbaches eine durchgehende Grünverbindung entstehen – mit erlebbar Natur und Flächen für Freizeit, Spiel und Sport. Die Projektkosten betragen insgesamt rund 310.000 Euro, finanziert aus Fördermitteln aus dem Bund-Länder Programm »Zukunft Stadtgrün« und aus Eigenmitteln der Landeshauptstadt Dresden. Ziel ist ein zusammenhängender Natur- und Erholungsraum mit neuen Gewässer- und Wegeverbindungen im Dresdner Südosten. Das Stadtklima als Ganzes wird von dem Vorhaben profitieren, denn Gehölze beschatten Flächen, durch die Verdunstung entstehen Kühlungseffekte und Kalt- und Frischluftbahnen bleiben offen. Der ökologische Zustand der Gewässer- und Naturräume wird sich erheblich verbessern.

Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt sind für DIE LINKE ebenso wichtig wie Maßnahmen, die den Auswirkungen des Klimawandels entgegenwirken. Teiche und Bäche sind – wie Bäume und Sträucher – wichtige Lebensräume für Insekten und Kleintiere. Nur in ihrer Einheit sind sie Teil einer gesunden Umwelt, die das Leben sozial gestalten lassen. Der interfraktionelle Antrag »Biologische Vielfalt und ökologische Qualität der Dresdner Teiche und Fließgewässer sichern und verbessern« soll einen Beitrag dazu leisten. *Margot Gaitzsch*

Ehrgeizige Pläne eines Möbel-Milliardärs

Großflächiger Einzelhandel vor Sanierung mit der Abrissbirne – was mit dem aktuellen Kaufpark in Nickern geschieht

Nicht wenige der Um-die-Wende-Generation in Dresden verbinden mit dem Einkaufspark Nickern profane und doch bemerkenswerte Lebensereignisse. Den Erwerb der ersten Waschmaschine, des ersten Mobiltelefons oder des ersten Laptops Mitte der neunziger Jahre. Inzwischen hat die Welt sich verändert. In Dresden wurden weitere Einkaufszentren errichtet, die Gegend um Nickern und Prohlis hat sich im Zuge der Segregation der Bevölkerung gewandelt und auch das Einkaufsverhalten, Stichwort Onlinehandel, ist nicht mehr wie damals. Angeblich geriet der Kaufpark Nickern, ein großflächiger Einzelhandel mit knapp 39.000 Quadratmeter Handelsfläche, in die Krise.

Neben der notwendigen konzeptionellen Neuaufstellung ist auch von bau- und haustechnischen Problemen die Rede. Demnach sei die Haustechnik verschlissen und nicht mehr sanierbar. Was den bautechnischen Zustand anbelangt, gleicht ein Rundgang durch die Tiefgaragen und die Parkdecks einem Praktikum im Rahmen der Vorlesungsreihe Bauschäden »Rustikale Baubehelfe aus Stahl zur nachträglichen Unterstützung bröselnder Betonkonstruktionen«. Zei-



Der Kaufpark in Nickern im gegenwärtigen Zustand

chen für den Zeitdruck und die Belieblichkeit, unter denen diese Einkaufszentren zusammengebaut werden.

Bereits vor einigen Jahren traten die Betreiber an die Stadt heran mit dem Anliegen, die Flächenzuteilung im Rahmen des geltenden Bebauungsplanes aus den Neunzigern zu ändern. Demnach sollten Möbel reduziert und da-

für mehr sogenannte zentrenrelevante Sortimente zugelassen werden. Da niemand eine Schließung des Kaufparks Nickern riskieren wollte, wurde zunächst 2019 eine Änderungssatzung auf den Weg gebracht bis zur Offenlage. Darin wurde die gewünschte Änderung der Sortimente in Aussicht gestellt. Allerdings kam es bisher nicht zu einem

Satzungsbeschluss. Denn vorher wurde der Kaufpark von der Krieger-Gruppe übernommen, die schon den Elbepark in Dresden betreibt.

Nun steht als Vorlage ein völlig neuer Bebauungsplan ganz am Anfang mit dem Aufstellungsbeschluss. Denn Krieger hat nicht nur den Kaufpark gekauft, sondern will ihn anschließend aus den oben genannten Gründen völlig abreißen lassen und neu errichten. Dafür plant er angeblich mit 260 bis 300 Millionen Euro. Die ehrgeizigen Pläne des angeblichen Möbel-Milliardärs, ob Umsatz-, Gewinn-, Verbindlichkeiten- oder

Krieger will den Kaufpark völlig abreißen und neu errichten lassen.

Vermögensmilliardär ist ja immer tief in den Bilanzen versteckt, riefen anschließend das Citymanagement Dresden auf den Plan. Durch Corona sei der Einzelhandel im Stadtzentrum in der Krise und könne die verbündete Konkurrenz zweier Krieger-Standorte nicht verkraften. Krieger wiederum verlangte ultimativ ein klares Bekenntnis per Beschluss im Bauausschuss, was ihm verwehrt wurde. Denn in der ersten Lesung werden keine Beschlüsse gefasst. Was wundert: Der Plan, die gesamte Baumasse des riesigen Kaufparks nach nur zweieinhalb Jahrzehnten Nutzung radikal plattzumachen, hat hinsichtlich der Nachhaltigkeit zu keinem Aufschrei geführt. *Tilo Wirtz*

MÜNCHNER STRASSE

Antragsinitiative für mehr Verkehrssicherheit



Der Haltestellenbereich der Linie 3 ist nur einer der Gefahrenpunkte an der Münchner Straße

Durch die Nähe zur Technischen Universität, den Durchgangsverkehr zur Autobahn 17, drei Straßenbahnhaltestellen, den Wochenmarkt, die Bibliothek, mehrere Einzelhandelsgeschäfte sowie angrenzende Wohngebiete mit mehreren Schulen und Kitas kommt es entlang der Münchner Straße zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen. Das hohe Parkaufkommen sorgt in den Kreuzungsbereichen für eingeschränkte Sicht und es kommt immer wieder zu Verkehrsunfällen, oft mit Beteiligung der Straßenbahn.

Die Münchner Straße ist durch die parkenden Autos für Überholvorgänge durch Kfz ungeeignet, es existiert zudem kein Radweg. Trotzdem kommt es immer wieder zu gefährlichen Überholvorgängen mit deutlich erhöhter Geschwindigkeit und unzureichendem Abstand. Die Münchner Straße wird von vielen Schulkindern überquert, doch es gibt auf der gesamten Länge keine sichere Möglichkeit zur Querung. An der Haltestelle »Nürnberger Platz« fehlen Lichtsignalanlagen

und deutliche Straßenmarkierungen im Haltestellenbereich, so dass es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt. Mit einem kürzlich eingereichten Antrag fordert DIE LINKE Oberbürgermeister Hilbert dazu auf, zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrssicherheit entlang der Münchner Straße verbessert werden kann. Dazu hat die Fraktion eine Reihe konkreter Vorschläge, unter anderem die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h und die Einführung eines absoluten Überholverbotes für Kraftfahrzeuge. Außerdem wird die Einführung von Park- und Halteverbotszonen in den Kreuzungsbereichen der Münchner Straße sowie die Einführung von Einbahnstraßen auf dem gesamten Münchner Platz vorgeschlagen. Dort könnten zur Kompensation der wegfallenden Stellplätze zusätzliche Parkplätze durch die Anordnung in diagonalen Form geschaffen werden. Auf Höhe der Würzburger Straße muss dringend eine sichere Möglichkeit zur Straßenquerung für Schulkinder geschaffen werden. *Anne Holowenko*

ZWANGSRÄUMUNGEN

Unterstützung in Pandemie-Zeiten

Die Corona-Pandemie hat viele Facetten, mit denen sie die Menschen individuell und unterschiedlich hart trifft. Neben den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen schlagen bei Vielen auch ganz persönlich die wirtschaftlichen Folgen hart zu. Von Kurzarbeit, leeren Auftragsbüchern, zu spät ausbezahlten Corona-Hilfen oder gar Jobverlust sind auch nicht wenige Dresdner:innen betroffen. Besonders schlimm wird es, wenn es nicht mehr dafür reicht, die Miete rechtzeitig zu überweisen – beispielsweise, weil Familien in eine finanzielle Schieflage geraten sind.

Im Corona-Jahr 2020 ist die Anzahl der angezeigten Zwangsräumungen mit 532 zwar gestiegen (zum Vergleich: 2019 waren es 482, 2018 gab es 415 Anzeigen). Dennoch wurden 2019 mit 391 Räumungen deutlich mehr als im vergangenen Jahr tatsächlich auch voll-



Bei drohender Zwangsräumung unterstützt das Sozialamt

streckt. Der Grund hierfür: »Die erhöhte Anzahl von Zwangsräumungen und deren Abwendungen im Jahr 2020 ist der Corona-Situation geschuldet«, wie die Stadtverwaltung auf eine Anfrage mitteilte. Allerdings wurden auch einige der zurückgenommenen Zwangsräumungen im September neu angesetzt.

Sollte eine Zwangsräumung bevorstehen, schaltet sich das Sozialamt ein, Mitarbeiter:innen kontaktieren die Betroffenen sofort und bieten Hilfe an. Wer von Mietschulden, Zahlungsverzug oder Überforderung betroffen sein sollte, kann sich kostenfrei bei den von der Stadt geförderten Beratungsstellen helfen lassen, auf Wunsch auch anonym. *Christopher Colditz*

Beratungsstellen in Dresden

- **AWO Schuldnerberatung Prohlis**
Herzberger Straße, Telefon 0351/2729084
- **AWO Schuldnerberatung Pieschen**
Leipziger Straße, Telefon 0351/8588118
- **AWO Schuldnerberatung Gorbitz**
Kesselsdorfer Str., Telefon 0351/50083737
- **Caritas Schuldnerberatung Johannstadt**
Canalettostraße, Telefon 0351/4984715
- **Gemeinnützige Gesellschaft Striesen-Pentacon**
Schandauer Straße, Telefon 0351/3122420



Zunahme von Depression ist nur eine der sozialen Folgen der Corona-Pandemie

Sozial aus der Krise

LINKE, SPD und Grüne haben einen gemeinsamen Antrag eingereicht, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns zu begegnen

Die Corona-Pandemie hat zu erheblichen Veränderungen nahezu aller Lebensbereiche geführt. Kontaktbeschränkungen, geschlossene Kitas, Schulen und Tagespflegereinrichtungen, Homeoffice, geschlossene Läden, Schutzvorkehrungen in Bildungs- und Pflegeeinrichtungen und weitere Begleitmaßnahmen der Krise betreffen uns alle.

Insbesondere Menschen, die in Armut leben, sind von vielen Maßnahmen schwer betroffen. Natürlich ist es eine andere Situation, der Anordnung, zu Hause zu bleiben, in einer kleinen Wohnung

es sind verstärkte Alkohol- und Crystalrückfälle zu verzeichnen und der Medienkonsum hat sich teils massiv erhöht.

Familien haben durch geschlossene Kitas und Schulen einen erheblichen Mehraufwand zu absolvieren, welcher zudem zwischen den Geschlechtern äußerst ungleich verteilt ist. Es sind vorrangig Frauen, die diese Mehrarbeit erledigen – auch in Familien, in denen beide Elternteile gleich viel arbeiten.

In der Pflege belastet demenzkranke Patient:innen die aktuelle Situation stark. Der Wegfall von Kontaktpersonen und ein Unverständnis über die aktuelle Situation bei Patient:innen führen bei den ambulanten Diensten zu einer deutlich höheren Beanspruchung und auch Überforderung. Gewalt in der Pflege hat ersten Erkenntnissen zufolge zugenommen. Das sind einige Schlaglichter, die verdeutlichen, dass die soziale Betroffenheit durch die Pandemie bzw. durch die herrschende Krisenpolitik höchst ungleich ist.

Mit unserem Antrag »Sozial aus der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen« wollen wir genau diese ungleiche soziale Betroffenheit für Dresden analysieren und systematisieren. Die bestehenden Strukturen sozialer Einrichtungen und Angebote sollen auf ihre Belastbarkeit während der Krise und der Sicherheit noch auf längere Sicht anhaltenden Folgewirkungen geprüft und ggf. erweitert werden.

Noch ist schwer abzuschätzen, welche konkreten Veränderungen notwendig sind, um von der Krise besonders Betroffene aufzufangen und passende Angebote zu unterbreiten. Dennoch müssen wir schon jetzt anfangen, die Probleme in den Fokus zu rücken. Am Ende wird es sicherlich um mehr Geld und mehr Personal für die Bereiche Soziales und Jugendhilfe gehen. Um dafür in der politischen Debatte auch Mehrheiten finden zu können, müssen wir die ungleiche soziale Betroffenheit durch die Krise immer wieder ins Gespräch bringen. *Pia Barkow*

Für Kinder und Jugendliche und ist der Mangel an sozialen Kontakten besonders schwer zu verkraften.

oder in einem Haus mit Garten zu folgen. Mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen mit geringem Einkommen fürchten große wirtschaftliche Einbußen.

Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist der Mangel an sozialen Kontakten sicherlich besonders schwer zu verkraften. Die geschlossenen oder auf Sparbetrieb heruntergefahrenen Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen treffen viele Kinder und Jugendliche hart. Einer bundesweiten Studie zufolge weist ein Jahr nach Beginn der Pandemie jeder dritte Jugendliche psychische Leiden auf, vor allem Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen. Auch das Thema Sucht und Drogen spielt eine immer dramatischere Rolle. In Dresden gibt es unter Jugendlichen vermehrt schwere psychisch Erkrankte,

DRESDEN-NEUSTADT

Mach doch mal leiser!

DEs ist zu laut in Dresden. Das bestätigen nicht nur die Ergebnisse der kommunalen Bürger:innenumfrage, in der 38 Prozent der Dresdner:innen angeben, in ihrer Wohnumgebung von Lärm beeinträchtigt zu sein. Auch verschiedene Lärmkartierungen zeigen: Es besteht Handlungsbedarf. Straßenlärm, Passant:innen, Baustellen oder Flugzeuge – die Lärmquellen sind vielfältig. Am meisten Krach jedoch macht der Verkehr. Dem versucht die Stadt schon länger etwas entgegenzusetzen. 2009 mit dem »Masterplan Lärminderung« und 2017 mit dem »Lärmaktionsplan Äußere Neustadt«. Nun folgt auch der »Lärmaktionsplan Innere Neustadt«, der im Stadtrat im März beschlossen wurde.

Die Innere Neustadt ist mit ihren vielen Hauptverkehrsstraßen besonders von Verkehrslärm betroffen. Autofahrer:innen versuchen Staus und Ampeln zu umfahren und verwandeln so die Innere Neustadt in ein wahres Schleichwegelabyrinth. Mit verschiedenen Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierungen, Straßeninstandsetzungen oder Abbiegeverboten soll hier Abhilfe geschaffen werden. Ein großer Streitpunkt im Stadtrat: Das Linksabbiegeverbot von der Hainstraße in die Theresienstraße. Dieses wird nun vorerst ausgesetzt bis zur Sanierung der Königsbrücker Straße. Danach soll es erneut Untersuchungen zu den Auswirkungen auf die Verkehrsmengen geben. Bisher wurden hier pro Tag 1100 Linksabbieger:innen



Ein Abbiegeverbot an der Dresdner Hainstraße würde den Verkehrsfluss deutlich verbessern

gezählt und der größte Teil des Verkehrs in der Theresienstraße ist Durchgangsverkehr. Ein Abbiegeverbot könnte diese Zahl deutlich senken, den Verkehrsfluss verbessern und die Unfälle reduzieren, deshalb hält DIE LINKE auch weiterhin an dieser Maßnahme fest. Auch der Stadtbezirksbeirat Neustadt stimmte der Vorlage mit großer Mehrheit zu und forderte zudem ein dauerhaftes Tempo 30 auf der Bautzner Straße zwischen Rothenburger und Prießnitzer Straße. *Leo Lentz*

Mehr Fragen als Antworten

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eines der zentralen Themen linker Politik. Sie betrifft sämtliche Bereiche, so auch den Dresdner Sport



Das sportliche Angebot für Frauen in Dresden muss dringend unter die Lupe genommen und ausgebaut werden

Anlässlich einer Veränderung der Sportförderrichtlinie vor einigen Jahren und damit verbunden der Wunsch, diese gerechter zu machen in ihren Wirkungen für die Gleichstellung, entstand die Idee des sogenannten Gender Budgeting. Dabei geht es darum, Haushalte so aufzustellen, dass die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird. Man kann das schließlich nicht nur als Forderung allgemein beschließen, sondern muss sich schon die Mühe machen, sich die einzelnen Regelungen anzuschauen und zu prognostizieren, ob dadurch dann Ressourcen ungleich verteilt oder Wirkungen ungleich erreicht würden.

In einer der letzten Sportausschusssitzungen berichtete der Hauptgeschäftsführer des Stadtsportbundes Dresden, Robert Baumgarten, über die jüngste Mitgliederstatistik. Neben der Entwicklung der Gesamtmitgliederzahl, der Verteilung auf Sportarten, Vereinstypen oder Alter war auch eine Angabe der Mitglieder je Geschlecht mit in der Statistik enthalten. Natürlich sind solche Statistiken mit Vorsicht zu genießen. Ein Mitglied von Dynamo Dresden mit dem Wunsch, sich eine Dauerkarte zu sichern, erzeugt erst einmal den selben Strich auf der Liste wie eine Vierjährige, die von ihren Eltern angemeldet wird, um einmal ein Eiskunstlaufsternchen zu werden. Dennoch kann man aus der statistischen Aufarbeitung des Stadtsportbundes einiges entnehmen.

Zum Beispiel: Nur 30 Prozent aller Mitglieder in Dresdner Sportvereinen sind weiblich. Daraufhin wurde der Hauptgeschäftsführer gebeten, dieses Geschlechterverhältnis nicht nur auf die Gesamtzahl der Mitglieder, sondern auch einmal auf die anderen Kriterien der Statistik bezogen vorzulegen. Er arbeitet sicherlich noch daran.

Nur 30 Prozent Frauenanteil sind erklärungsbedürftig. Denn die im Sport investierten Mittel sind

gleichstellungsrelevant. Wenn von jedem Euro, den der Stadtrat aus städtischem Geld in den Sport gibt, nur 30 Cent bei Frauen ankommen, ist das eindeutig zu wenig. Deswegen muss hier genauer hingeschaut werden. Welche Ursachen führen zu diesen Effekten? Liegt es – wie der Vertreter des Bergsteigerbundes berichtete – daran, dass Frauen sich viel schneller wieder abmelden und Männer länger an einer Mit-

Nur 30 Prozent aller Mitglieder in Dresdner Sportvereinen sind weiblich.

gliedschaft festhalten? Liegt es an den überwiegend männlichen Dynamo-Mitgliedern, die zwar Fans sind, aber selbst keinen Sport treiben? Fördern wir zu wenige Sportarten, die für Frauen attraktiv sind, oder müssen wir nicht sogar in jeder Sportart auf eine möglichst gleiche Partizipation von Frauen und Männern achten? Es sind – wie so oft in der Gleichstellungspolitik – eigentlich mehr Fragen als Antworten. Vor allem, wenn man eine praxisbezogene Politik bevorzugt. Aber ohne sich den Fragen zu widmen und nach Antworten zu suchen, wird sich wenig verbessern. Deshalb wird DIE LINKE im Stadtrat einen Antrag stellen, der diese signifikante Abweichung des Geschlechterverhältnisses aufgreift, die Ursachensuche in den Mittelpunkt stellt und damit die Voraussetzung schaffen soll, um zukünftig Abhilfe zu schaffen. *Tilo Kiebling*



»Ihm zur Erinnerung, uns zur Pflicht«, ziert die Schleife des Blumengestecks der Linksfraktion

ANTIFASCHISMUS

Fraktion gedenkt Gomondai

Vor 30 Jahren, am 6. April 1991, starb der Mosambikaner Jorge Gomondai an den Folgen eines rassistischen Übergriffs, bei dem er von Neonazis angegriffen und vermutlich aus der fahrenden Straßbahn am Dresdner Albertplatz gestoßen wurde. Er ist das erste Todesopfer rechter Gewalt in Dresden nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

Pandemiebedingt musste die diesjährige Gedenkveranstaltung am Jorge-Gomondai-Platz abgesagt werden. Trotzdem nahm sich die Fraktion DIE LINKE an diesem Tag Zeit, um an Jorge Gomondai und seinen gewaltsamen Tod zu erinnern und auch allen Opfern rassistischer Gewalt zu gedenken. Stadträtin Margot Gaitzsch legte stellvertretend für die Fraktion Blumen am Gedenkstein für Jorge Gomondai nieder. »Wir mahnen an diesem Tag besondere Aufmerksamkeit gegenüber Rassismus an – ob in der Sprache, rassistischen Pöbeleien oder tätlichen Angriffen. Ob im Alltag oder in Institutionen. Rassismus muss noch immer und täglich in all seinen Erscheinungsformen überwunden werden«, so Margot Gaitzsch.

Die Redaktion

INTEGRATION

Bestellt, aber nicht bezahlt

Das Montagscafé als Integrationsprojekt des Staatsschauspiels Dresden steht vor dem Aus. Wöchentlich treffen sich hier im Schnitt 150 Menschen, Deutsche und Nichtdeutsche, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, um miteinander ins Gespräch zu kommen und gegenseitige Unterstützung im Alltag zu organisieren. Der Förderantrag des Staatsschauspiels Dresden für die Weiterführung dieses wichtigen Projekts liegt im Sächsischen Sozialministerium seit Sommer 2000 vor, ein halbes Jahr brauchte es, bis das Ministerium mitteilte, dass eine Förderung in einer ersten Prüfrunde abgelehnt worden sei. Nun steht das Projekt auf einer Warteliste – Ausgang unklar.

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach zeigt sich empört und erinnert: »Es war Staatsministerin Stange, die 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise die Kulturinstitutionen aufforderte, sich aktiv an Integrationsbemühungen zu beteiligen. Daraufhin entstand das Montagscafé. Jetzt, nur wenige Jahre später, stiehlt sich die Staatsregierung aus CDU, SPD und Grünen bei der Finanzierung dieses wichtigen Projekts aus der Verantwortung. Es kann nicht sein, dass sich der Staat bei der wichtigen Aufgabe der Integration auf ehrenamtlichem Engagement ausruht.«

Die Redaktion



Integration muss staatlich gefördert werden und darf nicht allein durch ehrenamtliches Engagement getragen werden

PETITIONEN

Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!



Menschen in Not muss geholfen werden. Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!

Mit Unterstützung der ehemaligen LINKE-Stadträtin Rica Gottwald haben drei junge Dresdner:innen der Jugendweihgruppe des »Roten Baumes« eine Petition mit konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und zur Schaffung weiterer Hilfsangebote für Wohnungslose eingereicht.

Die Petition wurde auch der Fraktion DIE LINKE übergeben. Der Fraktionsvorsitzende André Schollbach nahm sie stellvertretend entgegen und zeigte sich erfreut über das Engagement der jungen Leute: »Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich in ihrem Umgang mit denen, die ohne Obdach sind. Es ist dringend geboten, Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen auf der Straße leben, zu helfen, wo sie Hilfe brauchen, um langfristig Obdachlosigkeit zu bekämpfen«, so André Schollbach. Im zweiwöchigen Zeitraum zur Unterzeichnung der Petition unterstützten knapp 430 Menschen diese Forderung. Nun wird sich der zuständige Ausschuss mit der Petition befassen, in der Hoffnung, dass wenigstens die eine oder andere Forderung in Dresden umgesetzt werden kann.

Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Jana Neveling,
Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina
Hanser, Anne Holowenko, Tilo Kießling,
Leo Lentz, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

1. April 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Bildnachweise

wikimedia commons (1); Lupus in Saxonia/
wikimedia commons (2); pexels/pixabay (2);
Alexandra_Koch/pixabay (2); Z thomas/wikimedia
commons (3); Filmboten/wikimedia commons (4);
Teich/piqsels (4); Tilo Wirtz (5); Anne Holowenko (5);
Umzug/piqsels (6); Depression piqsels (6);
Verkehr/piqsels (7); Frauen Sport/piqsels (7);
Jana Neveling (8); Integration/piqsels (8); Obdachlos/
piqsels (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von
6000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat